



Der Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg - 14767 Brandenburg

Telefon: 03381 2082-0
Nebenstelle: **03381 2082-315**
Telefax: 03381 2082-190
Datum: **27.10.2025**
Aktenzeichen: **145 – 11 SH 02**
(bei Antwort bitte angeben)

Bekanntmachung

Aussonderung von Schriftgut des Jahrgangs 2023 und älter der Generalstaats-anwaltschaft des Landes Brandenburg im Jahre 2026 nach Ablauf der jeweiligen Aufbewahrungsfrist

1.)

Schriftgut im Sinne des Brandenburgischen Justiz-Schriftgutaufbewahrungsgesetzes (BbgJSchrAufbG) sind unabhängig von ihrer Speicherungsform Akten, Aktenregister, öffentliche Register, Grundbücher, Namensverzeichnisse, Karteien, Urkunden und Blattsammlungen sowie einzelne Schriftstücke, Bücher, Drucksachen, Kalender, Karten, Pläne, Zeichnungen, Lichtbilder, Bild-, Ton- und Datenträger und sonstige Gegenstände, die Bestandteile oder Anlagen der Akten geworden sind.

2.)

Personen, die an der längeren Aufbewahrung des Schriftguts ein berechtigtes Interesse zu haben glauben, werden aufgefordert, dies innerhalb eines Monats nach Ablauf der Aushangfrist bei der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg anzumelden und nachzuweisen.

3.)

Auszusonderndes Schriftgut wird, soweit es nicht für die staatlichen Archive von Interesse ist, vernichtet.

Hausadresse: Steinstraße 61, 14776 Brandenburg an der Havel

Öffentliche Verkehrsmittel:
vom Hauptbahnhof
Straßenbahn 2, 6
bis Haltestelle Neustädtischer Markt

Bankverbindung:
Landeshauptkasse,
Deutsche Bundesbank, Filiale Potsdam,
BLZ 160 000 00, Konto-Nr.: 160 015 00
IBAN: DE46 1600 0000 0016 0015 0
BIC-Code: MARKDEF1160

Rückfragen erbeten:
Mo. bis Fr. von 08:30 Uhr – 12:00 Uhr
und 13:00 – 15:00 Uhr (freitags bis 14:00
Uhr)

4.)

Bei der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg sollen ab **1. Januar 2026** folgende Akten ausgesondert werden:

Lfd. Nr.	Register-zeichen	Angelegenheit	Aufbewahrungsfrist	Von der Vernichtung herauszunehmende Schriftstücke	Akten pp., die weggelegt wurden bis
1	2	3	4	5	6
622	Js/ UJs	<u>Strafsachen</u> Akten (einschließlich aufzubewahrender Handakten) über			Zu Nrn. 622, 623, 624 und 721: Akten, aus denen sich ergibt, dass der objektive Tatbestand eines Verbrechens oder Vergehens vorliegt, der Täter aber nicht zu Aburteilung zu bringen ist, sind in allen Fällen mindestens so lange aufzubewahren, als nicht die Strafverfolgung durch Verjährung ausgeschlossen ist; in den Fällen, in denen die Tag der Verjährung nicht unterliegt, sind sie so lange aufzubewahren, als eine Strafverfolgung den Umständen nach noch möglich ist. 31.12.1993
		a) Verfahren zur Ermittlung der Todesursache Verstorbener (Leichensachen)	30 Jahre	--	
		b) Verfahren zur Ermittlung von Bränden (Brandsachen)	20 Jahre	--	
		c) Ermittlungsverfahren, die wegen Schuldunfähigkeit eingestellt sind aa) im Falle eines Vergehens bb) im Falle eines Verbrechens sowie bei Straftaten nach den §§ 174 bis 180, 182 oder § 240 Abs. 4 S. 2 Nr. 1 StGB	10 Jahre 20 Jahre	Verfahrensbeendende Entscheidungen; Gutachten über die Feststellung der Schuldunfähigkeit (siehe Nr. 623))	
		d) sonstige Angelegenheiten, in denen das Verfahren eingestellt ist	5 Jahre	--	
623	--	Verfahrensbeendende Entscheidungen; Gutachten über Feststellung der Schuldunfähigkeit aus den unter Nr. 622 c) genannten Akten	30 Jahre	--	31.12.1993

Lfd. Nr.	Register- zeichen	Angelegenheit	Aufbewah- rungsfrist	Von der Vernichtung herauszunehmende Schriftstücke	Akten pp., die weggelegt wurden bis
624	Js (Ks, KLs, Ls, Ds, Cs) (früher: KLs, KMs, Ls, Ms, Cs, DLs, Ds, Es)	Akten (einschließlich aufzubewahrender Handakten und Vollstreckungs-, Bewährungs- sowie Gnadenhefte) über Anklagen (Anträge nach § 413 StPO) und Strafbefehle			wie zu Nr. 622
		a) in denen auf Todesstrafe oder lebenslange Freiheitsstrafe erkannt ist,	aufzubewa- hren bis zum Ablauf des Jahres, in dem der Beschul- digte das 100. Lebensjah- r vollendet hätte	--	--
		b) wenn auf Sicherungsverwahrung, auf Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus (früher: Heil- und Pflegeanstalt) oder auf Untersagung der Erteilung der Fahrerlaubnis für immer erkannt ist,	30 Jahre	--	31.12.1993
		c) wenn wegen einer Straftat, für die das Gesetz als Höchststrafe lebenslange Freiheitsstrafe vorsieht, auf Freiheitsstrafe von mehr als 1 Jahr erkannt ist	30 Jahre	--	31.12.1993
		d) wenn wegen einer Straftat nach den §§ 174 bis 180, 182, 223 bis 227, 239 bis 239 b oder § 240 Abs. 4 S. 2 Nr. 1 StGB auf Freiheitsstrafe oder Jugendstrafe von mehr als 1 Jahr erkannt ist	30 Jahre	--	31.12.1993
		e) wenn das Verfahren wegen Schuldunfähigkeit oder auf psychischer Krankheit beruhender Verhandlungsunfähigkeit ohne Bestrafung abgeschlossen oder eine gerichtliche Entscheidung nach § 413 StPO aus den in § 11 Abs. 1 Nr. 2 BZRG genannten Gründen abgelehnt worden ist, aa) im Falle eines Vergehens bb) im Falle eines Verbrechens sowie bei Straftaten nach den §§ 174 bis 180, 182 oder § 240 Abs. 4 Nr. 1 StGB	10 Jahre 20 Jahre	Verfahrensbeendende Entscheidungen; Gutachten über die Feststellung der Schuldunfähigkeit oder psychischer Krankheit (siehe Nr. 629)	31.12.2013 31.12.2003
		f) wenn auf Freiheitsstrafe von mehr als 1 Jahr erkannt ist	15 Jahre	Auf Strafe lautende Urteile, Vollstreckungsnachweise usw. (siehe Nr. 629)	31.12.2008
		g) wenn auf Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen, auf Freiheitsstrafe oder Strafarrest von mehr als 3 Monaten bis zu 1 Jahr oder auf Jugendstrafe von mehr als 1 Jahr erkannt ist	10 Jahre	Auf Strafe lautende Urteile, Strafbefehle, Vollstreckungs- nachweise usw. (siehe Nr. 629)	31.12.2013
		h) wenn sonst auf Geldstrafe, Freiheitsstrafe, Strafarrest oder auf Jugendstrafe erkannt ist	5 Jahre	Auf Strafe lautende Urteile, Strafbefehle, Vollstreckungs- nachweise usw. (siehe Nr. 629)	31.12.2018
		i) wenn in Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende nach Jugendrecht, jedoch nicht auf Jugendstrafe erkannt ist	5 Jahre	Nicht freisprechende Urteile, Vollstreckungsnach- weise usw. (siehe Nr. 629)	31.12.2018
		j) sonstige	5 Jahre	Auf Strafe lautende Urteile, Strafbefehle, Vollstreckungs- nachweise usw. (siehe Nr. 629)	31.12.2018

Lfd. Nr.	Register-zeichen	Angelegenheit	Aufbewahrungsfrist	Von der Vernichtung herauszunehmende Schriftstücke	Akten pp., die weggelegt wurden bis
628	Js (OWi)	Akten über Bußgeldverfahren (einschließlich der gerichtlichen Bußgeldentscheidung)	5 Jahre	Vollstreckbare Titel (z.B. Kostenfestsetzungsbeschlüsse, Entscheidungen über die Entschädigung wegen erlittener Verfolgungsmaßnahmen) (siehe Nr. 629)	31.12.2018
629	--	<p>a) Die Urteile und Strafbefehle, in denen rechtskräftig auf Strafe (hierzu zählen <u>nicht</u> Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel nach dem JGG) erkannt ist einschließlich der Gesamtstrafenbeschlüsse, verfahrenseleitende Schriftstücke und weitere Nachweise, die für die Vollstreckbarkeit erforderlich sind, sowie die Nachweise über die Vollstreckung der Strafe; Anklagen, auf deren zugelassenen Anklagesatz Bezug genommen ist, Anklagen gem. § 212 a Abs.2 Satz 2 StPO bzw. § 418 Abs. 3 Satz 2 StPO; Strafbefehle, Strafbefehlssanträge; bei den Akten befindliche Abbildungen, auf die in den Urteilen Bezug genommen ist; Urteile und sonstige Entscheidungen über die Kostenerstattungspflicht und über die Entschädigungspflicht für Strafverfolgungsmaßnahmen; Entscheidungen nach § 2 Abs. 1 DNA-Identitätsfeststellungsgesetz und § 81 g StPO; Kostenfestsetzungsbeschlüsse sowie Entscheidungen, in denen eine Entschädigung nach den §§ 10, 11 StrEG zuerkannt worden ist; die Beschlüsse oder Mitteilungen über den Erlass oder die Milderung der Strafe sowie über die Anordnung der Nichtaufnahme in ein Führungszeugnis (§ 39 BZRG) oder der Tilgung (§§ 48, 49 BZRG).</p> <p>Ist eine Geldstrafe durch Teilzahlungen getilgt, so ist nur der Nachweis über die letzte Teilzahlung aufzubewahren.</p> <p>Verfahrensbeendende Entscheidungen, Gutachten über Feststellung der Schuldunfähigkeit oder psychischer Krankheit aus den unter Nr. 624 e) genannten Akten.</p> <p>Zu den Urteilen im Sinne dieser Vorschrift gehören auch die zu den Akten genommenen beglaubigten Abschriften von Entscheidungen der höheren Instanzen.</p>	30 Jahre	--	31.12.1993
		b) nicht freisprechende Urteile sowie die dazugehörigen Vollstreckungsnachweise aus den unter Nr. 624 i) genannten Akten	10 Jahre	--	31.12.2013
633	--	Sammelakten mit den Begleitumschlägen der abgehenden Briefe der Untersuchungsgefangenen	1 Jahr	--	31.12.2022 Auf Anordnung der Behördenleitung können die Begleitumschläge statt in Sammelakten auch in Kartons oder anderen Behältnissen geordnet aufbewahrt werden
701	AR	<u>A. Allgemeines</u> Akten über Angelegenheiten, die in das Allgemeine Register eingetragen sind	5 Jahre		31.12.2018

Lfd. Nr.	Register- zeichen	Angelegenheit	Aufbewah- rungsfrist	Von der Vernichtung herauszunehmende Schriftstücke	Akten pp., die weggelegt wurden bis
702	--	Aktenregister mit den dazugehörigen Namens- verzeichnissen und sonstigen Verzeichnissen	Keine	--	Register und Verzeichnisse sind zu vernichten, sobald das darin verzeich- nete Schriftgut vollständig vernichtet oder an das Landesarchiv abgeliefert wurde.
703	--	a) die lediglich zur Kontrolle des Geschäftsgangs dienenden Listen und Schriftstücke b) die Listen der Überführungsstücke	2 Jahre 5 Jahre	-- --	31.12.2021 31.12.2018
711	Rs	<u>B. Zivilsachen</u> Sammelakten für Zivilsachen (§ 46 Abs. 3 BbgAKO)	5 Jahre	--	31.12.2018
721	OJs	<u>C. Strafsachen</u> Akten über erstinstanzliche Strafsachen beim Oberlandesgericht a) in denen auf Todesstrafe oder lebenslange Freiheitsstrafe erkannt ist b) wenn auf Sicherungsverwahrung, auf Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus (früher: Heil- und Pflegeanstalt) oder auf Untersagung der Erteilung der Fahrrlaubnis für immer erkannt ist c) wenn wegen einer Straftat, für die das Gesetz als Höchststrafe lebenslange Freiheitsstrafe vorsieht, auf Freiheitsstrafe von mehr als 1 Jahr erkannt ist d) wenn wegen einer Straftat nach den §§ 174 bis 180, 182, 223 bis 227, 239 bis 239 b oder § 240 Abs. 4 S. 2 Nr. 1 StGB auf Freiheitsstrafe oder Jugendstrafe von mehr als 1 Jahr erkannt ist e) wenn das Verfahren wegen Schuldunfähigkeit oder auf psychischer Krankheit beruhender Verhandlungsunfähigkeit ohne Bestrafung abgeschlossen oder eine gerichtliche Entscheidung nach § 413 StPO aus den in § 11 Abs. 1 Nr. 2 BZRG genannten Gründen abgelehnt worden ist aa) im Falle eines Vergehens bb) im Falle eines Verbrechens sowie bei Straftaten nach den §§ 174 bis 180, 182 oder § 240 Abs. 4 S. 2 Nr. 1 StGB f) wenn auf Freiheitsstrafe von mehr als 1 Jahr erkannt ist	Aufzubew ahren bis zum Ablauf des Jahres, in dem der Beschuldig te das 100. Lebensjah r vollendet hätte 30 Jahre 30 Jahre 30 Jahre 10 Jahre 20 Jahre 15 Jahre	-- -- -- -- verfahrensbeendende Entscheidungen; Gutachten über Feststellung der Schuldunfähigkeit oder psychischer Krankheit (s. Nr. 722) auf Strafe lautende Urteile, Strafbefehle, Vollstreckungs- nachweise usw. (s. Nr. 722)	wie zu Nr. 622 31.12.1993 31.12.1993 31.12.1993 31.12.2013 31.12.2003 31.12.2008

Lfd. Nr.	Register- zeichen	Angelegenheit	Aufbewah- rungsfrist	Von der Vernichtung herauszunehmende Schriftstücke	Akten pp., die weggelegt wurden bis
722	--	g) wenn auf Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen, auf Freiheitsstrafe oder Strafarrest von mehr als 3 Monaten bis zu 1 Jahr oder auf Jugendstrafe von mehr als 1 Jahr erkannt ist	10 Jahre	auf Strafe lautende Urteile, Strafbefehle, Vollstreckungsnachweise usw. (s. Nr. 722)	31.12.2013
		h) wenn sonst auf Geldstrafe, Freiheitsstrafe, Strafarrest oder Jugendstrafe erkannt ist	5 Jahre	auf Strafe lautende Urteile, Strafbefehle, Vollstreckungsnachweise usw. (s. Nr. 722)	31.12.2018
		i) wenn in Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende nach Jugendrecht, jedoch nicht auf Jugendstrafe erkannt ist	5 Jahre	nicht freisprechende Urteile, Vollstreckungsnachweise usw. (s. Nr. 722)	31.12.2018
		j) sonstige	5 Jahre	auf Strafe lautende Urteile, Strafbefehle, Vollstreckungsnachweise usw. (s. Nr. 722)	31.12.2018
		a) Die Urteile und Strafbefehle, in denen rechtskräftig auf Strafe (hierzu zählen nicht Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel nach dem JGG) erkannt ist einschließlich der Gesamtstrafenbeschlüsse, verfahrenseinleitende Schriftstücke und weitere Nachweise, die für die Vollstreckbarkeitserklärung erforderlich sind, sowie die Nachweise über die Vollstreckung der Strafe; Anklagen, auf deren zugelassenen Anklagesatz Bezug genommen ist, Anklagen gem. § 212 a Abs. 2 S. 2 StPO bzw. § 418 Abs. 3 S. 2 StPO; Strafbefehle, Strafbefehlsanträge; bei den Akten befindliche Abbildungen, auf die in den Urteilen Bezug genommen ist; Urteile und sonstige Entscheidungen über die Kostenersatzungspflicht und über die Entschädigungspflicht für Strafverfolgungsmaßnahmen; Entscheidungen nach § 2 Abs. 1 DNA-Identitätsfeststellungsgesetz und § 81 g StPO; Kostenfestsetzungsbeschlüsse sowie Entscheidungen, in denen eine Entschädigung nach den §§ 10 und 11 StrEG zuerkannt worden ist; die Beschlüsse oder Mitteilungen über den Erlass oder die Milderung der Strafe sowie über die Anordnung der Nichtaufnahme in ein Führungszeugnis (§ 39 BZRG) oder die Tilgung (§§ 48, 49 BZRG). Ist eine Geldstrafe durch Teilzahlungen getilgt, so ist nur der Nachweis über die letzte Teilzahlung aufzubewahren. Urteile und Beschlüsse, in denen eine Maßregel der Besserung und Sicherung angeordnet ist. Verfahrensbeendende Entscheidungen, Gutachten über Feststellung der Schuldunfähigkeit oder psychischer Krankheit aus den unter Nr. 721 d) genannten Akten.	30 Jahre	--	31.12.1993
		b) nicht freisprechende Urteile sowie die dazugehörigen Vollstreckungsnachweise aus den unter Nr. 721 h) genannten Akten	10 Jahre	--	31.12.2013
723	Zs	Sammelakten über die Beschwerden gegen das Verfahren eines Staatsanwalts (Amtsanwalts), die nicht zu den Hauptakten genommen sind.	5 Jahre	--	31.12.2018
724	Ausl.	Auslieferungssachen	10 Jahre	--	31.12.2013

Lfd. Nr.	Register- zeichen	Angelegenheit	Aufbewah- rungsfrist	Von der Vernichtung herauszunehmende Schriftstücke	Akten pp., die weggelegt wurden bis
726	SS SS (OWi)	Handakten über Revisionen in Strafsachen und über Rechtsbeschwerden in Bußgeldsachen	5 Jahre	--	31.12.2018
728	--	Akten über Verfahren nach dem Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 2. Mai 1953 (BGBl. I S. 161)			
		a) soweit sie Entscheidungen enthalten, die die Genehmigung einer Zuführung oder einer Vollstreckung zum Gegenstand haben oder gemäß den §§ 10, 11, 14 oder 15 ergangen sind	50 Jahre	--	--
		b) sonstige	10 Jahre	--	31.12.2013
729	--	Akten über Verfahren nach den §§ 23 bis 30 a EGGVG	5 Jahre	--	31.12.2018
730	--	Handakten über Kartellbußgeldsachen	10 Jahre	--	31.12.2013
<u>D. Dienststrafsachen, Dienst-, Ehren- und Berufsgesichtssachen</u>					
741	DV	Handakten in Disziplinarverfahren gegen Richter und Beamte	10 Jahre	--	31.12.2013
742	--	Handakten des Vertreters der Einleitungsbehörde in Disziplinarverfahren gegen Notarinnen und Notare	10 Jahre	--	31.12.2013
743	EV StV	a) Handakten über anwaltsgerichtliche Verfahren gegen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, sofern die Hauptakten nicht bei der Staatsanwaltschaft geführt werden	10 Jahre	--	31.12.2013
		b) Akten über Ermittlungsverfahren, die nicht zur Einleitung eines anwaltsgerichtlichen Verfahrens geführt haben, einschließlich der dazugehörigen Handakten, soweit die Akten über diese Ermittlungsverfahren nicht an eine andere Stelle abzugeben sind	10 Jahre	--	31.12.2013
		c) Akten über anwaltsgerichtliche Verfahren gegen Rechtsanwälte (einschließlich der dazugehörigen Handakten, soweit der Staatsanwaltschaft die Führung der Hauptakten übertragen ist), in denen auf Ausschließung aus dem Beruf erkannt worden ist	40 Jahre	--	--
		d) alle übrigen unter c) genannten Akten	20 Jahre	--	31.12.2003
744	EV StV	a) Handakten über berufsgesichtliche Verfahren einschließlich der dazugehörigen Handakten, in denen auf Ausschließung aus dem Beruf erkannt oder in denen ein Beweissicherungsverfahren angeordnet worden ist	30 Jahre	--	31.12.1993
		b) alle übrigen	20 Jahre	--	31.12.2003
		c) Sammelakten über Rügebescheide	10 Jahre	--	31.12.2013

752	HEs/Ws	<u>E. Justizverwaltungssachen</u> b) Eingaben, Beschwerden und ähnliche Angelegenheiten von vorübergehender Bedeutung	5 Jahre	--	31.12.2018
	FP	g) sonstige Verwaltungsangelegenheiten	10 Jahre	--	31.12.2013
755	--	Akten über Unfallfürsorge für Gefangene	20 Jahre	--	31.12.2003
758	StrEs	Akten über Ansprüche auf Entschädigung nach dem StrEG	5 Jahre	--	31.12.2018

Brandenburg an der Havel, den 27. Oktober 2025

Im Auftrag

Hower